

Nein zu Steuergeschenken für Konzerne.

Bern lehrt uns das Siegen

Mit 53,6 Prozent schickten die Bernerinnen und Berner das revidierte Steuergesetz zurück an den Absender. Eine Blaupause für andere Kantone.

Die Regierung und die Mehrheit des Kantonsparlaments wollten den Konzernen im Kanton jährlich über 160 Millionen Franken schenken. 160 Millionen, die dann in den Kassen des Kantons, der Gemeinden und der Kirchgemeinden gefehlt hätten. Die Folgen wären höhere Steuern für Privatpersonen, höhere Gebühren und noch mehr Leistungsabbau bei Bildung und Pflege. Erst Ende 2017 hatte der Kanton harte Leistungskürzungen bei der Spitex, in der Bildung, im Jugend-, Alters- und Sozialbereich und bei Menschen mit Behinderung durchgesetzt.

Kantonal

SP, Grüne und die Gewerkschaften ergriffen das Referendum. Rechte und Bürgerliche, Wirtschaftsverbände und die beiden Berner Zeitungen in Zürcher Besitz, trommelten einmütig für die Steuergeschenke - ein leitender Journalist erklärte sie gar schlicht zur „Pflicht“. Die Mehrheit der Bernerinnen und Berner mochte dem nicht beipflichten. Unia-Industriechef Corrado Pardini ist auch Präsident des Berner Gewerkschaftsbundes. Er sagt: „Der GKB hat seine Verbände und ihre Basis für dieses wichtige Nein mobilisieren können. Wir haben damit auch die Strategie des SGB, Steuersenkungen nicht auf nationaler, sondern auf kantonaler Ebene zu bekämpfen, erfolgreich umgesetzt»

National

Faire Steuergesetze in den Kantonen sind zentrale Felder fortschrittlicher Politik. Hier schaden Steuergeschenke an Firmen und Bestverdienende unmittelbar und konkret den Normal- und Wenigverdienenden. In einigen Kantonen stehen die Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten an. Ein nachhaltiger Stopp des bürgerlichen Wettrennens, wer Firmen und Bestverdienende am meisten beschenkt, ist allerdings nur möglich, wenn auf nationaler Ebene etwas geschieht.

Genau das wollen die beiden SP-Nationalrätinnen Jacqueline Badran und Mattea Meyer. Sie sind sich in der Einschätzung des konkreten AHV-Steuerdeals zwar uneins, dafür aber einig, wie eine linke Steuerpolitik aussehen muss. In ihrem „Manifest für eine linke Steueroffensive“ fordern sie eine nationale Initiative zur Harmonisierung der Unternehmenssteuern und neue Regeln beim Finanzausgleich, die den Steuersenkungswettbewerb unter den Kantonen eindämmen. Die konkrete Formulierung wird eine Arbeitsgruppe angehen, die vom SP-Parteitag eingesetzt wird.

Clemens Studer.

Work, 30.11.2018.

Personen > Studer Clemens. Abstimmungen Bern. Work, 2018-11-30